

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nachmittags 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Grunow, Elberfeld W. Thienes. Graefvoss & Co. Illies.
Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heier. Bielefeld. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 16. Mai. Die „Nat.-Ztg.“ schreibt:
Wir haben erwähnt, daß in Kreisen, welche dem
Staatsminister von Bülow nahe stehen, von
dem bestimmten Wunsche derselben, nach der
Eröffnung des Nordsee-Kanals aus der Reichs-
und preussischen Regierung auszuweichen, die
Rede ist. Daran sind in der Presse alsbald An-
deutungen und Behauptungen geknüpft worden,
welche der an bekannten Stellen obwaltenden Fein-
seligkeit gegen Herrn von Bülow entgegenstehen:
daß sein etwaiger Rücktritt andere Gründe haben
würde, als seinen Wunsch nach Entlastung von
finanziell-organisatorischer Tätigkeit, daß es
sich um Meinungsverschiedenheiten über Dinge
wie die Vörsenreform, das Einseitigen gegen den
unlauteren Wettbewerb handle u. s. w. Auch die
bekannte Proklamationsliste ist wieder zum Vor-
schein gekommen, auf der neben Herrn v. Bülow
an erster Stelle der Staatssekretär von Marschall
steht — gerade als ob die gegenwärtige Regierung
so überreich an parlamentarisch ihren Aufgaben
gewachsenen Mitgliedern wäre, daß nichts größere
Eile hätte, als zwei derselben los zu werden. Wir
glauben mit Bestimmtheit wiederholen zu können,
daß ausschließlich der nicht vermeintliche, persön-
liche Wunsch des Ministers von Bülow nach
Befreiung von der ministeriellen Amtslast die
Nachricht von seinem bevorstehenden Rücktritt
veranlaßt hat. Und wir wiederholen, daß die
Ausführung der Absicht gegenwärtig in hohem
Grade zu beanstanden wäre. Von der schwer
zu erwerbenden Erfahrung, parlamentarischen
Geschicklichkeit und vorurteilslosen An-
schauungsweise des Ministers von Bülow
haben wir in diesem Zusammenhange
bereits im Allgemeinen gesprochen; es mag
aber auf einen besonderen Punkt von großer Wich-
tigkeit hingewiesen werden, das ist die Geschäfts-
leitung im Bundesrat. Wie schief die Dinge im
Reichstag gehen, sieht Jedermann; wenn es im
Bundesrat anders ist, so wird dies nicht am
wenigsten dem Unfassen und der Gewandtheit des
langjährigen thätigsten Mitglieds zuschreiben
sein. Natürlich wird er einmal ersetzt werden
müssen; aber unter Verhältnissen wie die gegen-
wärtigen könnte es sich doch als ein mißliches
Experiment erweisen, gerade jetzt auch im
Bundesrat die Tradition aus einer erfolgreichen
Zeit abreißen zu lassen. Herr von Bülow ist
63 Jahre alt; in diesem Alter braucht das
Leben nach Ruhe noch nicht unüberwindlich
zu sein.

Wir fügen hier folgende Mitteilung der
„Nordd. Allg. Ztg.“ an:
Ein der „Schlesischen Zeitung“ aus Berlin
zugegangenes Telegramm signalisiert die folgenden
Veränderungen in der Besetzung hoher Reichs-
ämter:

Der Rücktritt des Staatssekretärs von
Bülow gilt als sicher. Als Zeitpunkt wird der
1. Juli bezeichnet. Als Nachfolger kommen Frei-
herr von Marschall und der Präsident des Reichs-
versicherungsamtes Bülow in Frage. Sobald
der vermutete Wechsel in der Leitung des Aus-
wärtigen Amtes vollzogen ist, wird, dem Verneh-
men nach, Graf Herbert Bismarck wieder in den
diplomatischen Dienst treten und einen Vize-
präsidenten erhalten.

Diese Mitteilungen entbehren, wie wir
hören, jeder Grundlage und scheinen lediglich
das Ziel zu verfolgen, Denunziation hervor-
zurufen.
„Sicher“ ist der Rücktritt des Herrn von
Bülow, wie auch wir annehmen, noch keines-
wegs.

— Zum Schluss rufen wir uns selbst im
Reichstage. Zwar ist eine Entscheidung über das
Ende der Session noch nicht getroffen, aber die
Beschlußfähigkeit des Hauses, die seit Montag
wieder eintreten ist, bringt zum Abbruch der
Arbeiten. Man nimmt an, daß er etwa um die
Mitte der nächsten Woche erfolgt. Bis dahin
kann auch erledigt werden, was sich an Vorlagen
in der gegenwärtigen Tagung noch erledigen läßt.
Ob dazu auch die Branntweinsteuerrücklage ge-
hört, wird lediglich vom Zentrum abhängen,
dessen Mitglieder aus dem Westen der Vorlage
nicht ohne Bedenken gegenüberstehen haben und
noch stehen. Dazu kommt noch ein anderer Um-
stand. Welsch wird behauptet, daß auch die
Regierung in der Novelle nur ein Provisorium
sehe, das demnach durch das Reichsfinanzgesetz
abgelehnt werden solle. Was die Frage des
Sessionsschlusses oder die Vertagung der Be-
rathungen bis zum Herbst betrifft, so soll die
Regierung für den förmlichen Schluß der Session
sein. Sie legt aber auch Werth darauf, daß die
Arbeiten der Kommissionen nicht unvollendet
bleiben, und würde darum der Einsetzung einer
Zwischenkommission, wie sie für die großen Justiz-
gesetze in den letzten Jahren beliebt worden,
keinen Widerstand entgegenstellen. Im Reichstage
neigt die Mehrheit der Parteien gleichfalls dem
förmlichen Schluß der Session zu. Nur im
Zentrum soll man, angeblich mit Rücksicht auf
die Arbeiten der Gewerbekommission, die Ver-
tagung der Beratungen bis zum Herbst wün-
schen. Es ist jedoch wegen der Stimmung in
den anderen Parteien fraglich, ob sich dieser
Wunsch verwirklichen lassen wird.

— Die „Berl. Korresp.“ schreibt: „In der
Presse findet sich die Mitteilung, daß zur Vor-
bereitung der Infrastruktur für die deutschen Be-
vollmächtigten zu der im Oktober in Bern zu-
sammzutretenden Konferenz zur Revision des Lieber-
einkommens über den Eisenbahnschienenverkehr vor-
ausichtlich im Juni der preussische Landesbevoll-
mächtigten zu einer Sitzung einberufen werde, und
daß sich an diese Beratungen im August eine
Vorlesung der deutschen und der österreichischen
und ungarischen Delegierten schließen dürfte, um
eine gemeinsame Wahrnehmung der Interessen der
beiderseitigen Verkehrsgebiete zu vereinbaren.“

Diese Angaben sind durchaus unzutreffend.
Zunächst steht der Termin für die Berner
Revisionskonferenz auch noch nicht annähernd fest.
Was sich ferner auch der preussische Landes-
eisenbahnrath, ebenso wie andere Körperschaften
innerhalb ihrer Zuständigkeit, mit der Frage be-
schäftigen, welche Anträge für die Revision des
Berner Liebereinkommens vom Standpunkte der
preussischen Staatsbahnverwaltung erwünscht
sein möchten, so ist doch die Instruktion der deut-
schen Kommissare und ihre Vorbereitung selbst-
verständlich Reichssache.

Endlich ist in unterrichteten Kreisen nichts
darüber bekannt, daß zu dem angegebenen Zwecke
im August eine Vorlesung zwischen den deut-
schen und den österreichischen Delegierten stattfinden

werde. Es sind überhaupt noch keine Delegirte
ernannt worden.“

— In einer am 13. Mai in Louis Keller's
Festsaal stattgefundenen, sehr zahlreich besuchten
Volksversammlung gelangte nach einem Referat
des Reichstagsabgeordneten Jübel über die Frage:
„Erfüllen die Eisenbahnen die berechtigten
Forderungen des Volkes?“ die nachfolgende
Resolution zur Annahme. Eine große Anzahl von
Bereinigten verschiedener Parteirichtung hatte sich
in der Volksversammlung durch Delegirte vertreten
lassen. Die für die Personen-Verkehrsangelegen-
heiten der Eisenbahnen bestehenden Einrichtungen sind
eine schwere Benachteiligung der ärmeren Be-
völkerungsklassen gegenüber der wohlhabenden Be-
völkerung. Die für weitere Reisen ganz un-
erschwinglichen Fahrpreise schließen die Min-
derverdienenden von der Benutzung dieses wichtigen
Kulturmittels fast gänzlich aus. Sie machen den
Eisenbahnen die Erfüllung der ihnen obliegenden
sozialen Aufgaben unmöglich; sie verhindern eine
günstliche Besserung der großstädtischen Wohnver-
hältnisse; sie entziehen die Eisenbahnen einer
ausgiebigen Benutzung der Arbeiter zur Auf-
suchung von Arbeitsgelegenheit; sie erschweren
den Arbeitern die Wiederherstellung ihrer Gesund-
heit und die Befriedigung ihres Erholungsbe-
dürfnisses an den Sonntagen; sie stehen einer
freien Entwicklung und einem fröhlichen Auf-
schwung des gewerblichen Lebens hindernd im
Wege. Die Arbeiter empfinden die jetzigen Eisen-
bahnverhältnisse als eine schwere Ungerechtigkeit. Es
ist deshalb eine dringende Forderung aller Klassen
der ärmeren Bevölkerung ohne Unterschied der
Parteien, daß die Eisenbahnen ihnen zu einem
erschwinglichen Preise zur Verfügung gestellt
werden. Sie hatten sich zu dieser Forderung
um so mehr für berechtigt, als der Reichstag
ermäßigende nach allen bisherigen Erfahrungen
nicht etwa Mindererhöhungen, sondern vielmehr
sehr günstige finanzielle Erfolge herbeigeführt
hat. Die heutige zahlreichste Versammlung in
Louis Keller's Festsaal richtete deshalb an alle
Parteien die Aufforderung, mit mehr Nachdruck
als bisher die Eisenbahnverwaltung zur Er-
füllung ihrer sozialen Pflichten anzuhaltend. Sie
erwartet von allen Volksvertretern, daß sie in den
Parlamenten für die Befriedigung der jetzigen
schreienden Uebelstände im Eisenbahnwesen energisch
eintreten werden.

— Nachdem für das kaiserliche Gouvernement
in Kamerun ein neuer Rüstendampfer gebaut und
am 12. Mai von Kugabang dorthin in See ge-
gangen ist, der den Namen „Nachtigal“ führt, hat
der in Kamerun stationierte, der kaiserlichen Marine
gehörige, bisher „Nachtigal“ genannte Dampfer
die Bezeichnung „Reisboot Kamerun“ erhalten.
Ueber das neue Schiff schreibt das „Deutsche
Kolonialblatt“:

„Nachtigal“ sollte ein sechsfünftiges, für Ladung
und Transport geeignetes Fahrzeug sein,
welches dem Gouverneur und seinen Beamten bei
den vielfachen dienstlichen Reisen einen würdigen
Aufenthaltort an Bord bieten sowie auch mit
Vorräthen versehen sein sollte, um die im
Schutzbereich ausliegenden Fahrwasser- und An-
legungsstellen legen und aufnehmen zu können.
Das Schiff ist aus Stahl erbaut und erhielt die
folgenden Dimensionen: Länge über Deck 41
Meter, größte Breite auf den Spanten 7,20
Meter bei einer Tonnage von 350 Tonn. Bei
der achtkündigen Probefahrt bewährte sich Schiff
und Maschinenanlage auf das Beste. Die Ma-
schinen leisteten über 440 Pferdekkräfte. Die Ge-
schwindigkeit betrug über 11 Meilen mit beiden
Resseln, 8 1/2 Meilen mit einem Resel. Die Ma-
schineneinrichtung des Schiffes sowohl als auch der
Maschinen war ausgezeichnet. Während der Fahrt
wurde auch die Schnellladeanlage, welche auf der
Deck angebracht ist, versucht. Die beiden anderen
Geschäfte, welche auf den beiden Seitenbänken an-
gebracht werden sollen, werden erst nach der An-
kunft in Kamerun montirt werden.

— Die Reichseinkünfte sollen, wie nach der
„Freisinnigen Zeitung“ verlautet, im April, also
im ersten Monat des Etatsjahres 1895-96,
wiederum nicht unerhebliche Mehrerträge gegen
das Vorjahr ergeben haben. Da der neue Etat
noch hinter den Reineinnahmen des Vorjahres
zurückbleibt, so ergibt sich hieraus wieder eine
neue, wie ungerechtigt die Forderung einer Er-
höhung der Labatsteuerung aus in demjenigen
Betrag gewesen ist, der zuletzt von dem Schatz-
sekretär in Höhe von 10 1/2 Millionen Mark veran-
lagt wurde.

— Straßburg, 15. Mai. Folgender
Grenzschiffenall ist zu verzeichnen: Dem „Proreé
de l'Est“ zufolge wurde der Bürgermeister Gaite
von Wissembach aus dem Vosges-Departement am
letzten Sonntagabend auf seiner vorübergehenden
Anwesenheit in Maritz von deutschen Gendarmen
festgenommen, auf das Polizeikommissariat geführt
und nach Vorlesung seines Anweisungsbefehls
aus zwei Gendarmen über die französische Grenze
gebracht.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. Mai. Mit Bezug auf die Mission
des Prinzen Albrecht von Preußen, Regenten von
Braniburg, schreibt das „Fremdenblatt“: Der
und Volk Oesterreich-Ungarns erblicken in der
Sendung der preussischen Militärdeputation einen
neuen Beweis jener ungenügenden, bundesfreundlichen
Beziehungen, welche zwischen den beiden Herr-
schern und ihren Reichen bestehen, ein erneuter
Beweis jener herzlichen Waffenbrüderschaft, welche
die beiden Völker verbindet. Indem Kaiser Franz
Josef die Insulanten eines preussischen General-
leutnants anlegt, welche ihm sein hoher und
erlauchter Freund und Verbündeter verliehen, legt
er in erhebender Weise Zeugnis von jenem innigen
Bundesverhältnis ab, das allerdings keiner wieder-
holten Bekräftigung bedarf, da es längst im Her-
zen beider Völker wurzelt.

Der Finanzminister Dr. v. Plener erklärte
im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses, in
Angelegenheit der Zuckerbonifikationen habe man
sich vertraulich mit der deutschen Regierung gewandt;
weitere Mittheilungen hierüber zu machen sei er
jedoch nicht in der Lage, er habe aber Grund an-
zunehmen, daß sich die Sache in günstiger Weise
entwickeln werde. Ein großer Fortschritt würde
es sein, wenn in dieser Frage die beteiligten
Staaten Oesterreich-Ungarn, Deutschland und
Frankreich sich dahin verständigen würden, die
Zuckersteuerprämien festzusetzen und dann mit der
Zeit Ermäßigungen eintreten zu lassen.

Wien, 15. Mai. Der Kaiser empfing heute
den Minister Josika, der über die Vorschläge der
ungarischen Regierung zur Lösung der Krise be-
richtete. Morgen trifft Banffy ein, um die Ent-

scheidung des Monarchen entgegenzunehmen. Sollte
diese in den Hauptpunkten ablehnend lauten, dann
würde Banffy sofort das Rücktrittsgesuch über-
reichen. Ueber die Entschlüsse der Krone
herrscht noch völlige Ungewißheit. Daraus erklärt
sich die Verbreitung eines Gerüchtes, Kaiser
hätte sein Entlassungsgesuch erneuert und der
Kaiser hätte es genehmigt. Das Gerücht ist un-
richtig; doch wird angenommen, daß die Annahme
der Vorschläge der ungarischen Regierung den
Rücktritt Kaiser's spätestens nach Schluß der
Delegationsverhandlungen herbeiführen wird. Daß
der Kaiser die ungarischen Vorschläge ablehnt,
hält man hier für unwahrscheinlich.

Prag, 15. Mai. Heute Vormittag fand,
wie schon gemeldet, die feierliche Eröffnung der
ethnographischen Ausstellung statt. Vizepräsident
Graßl, der die Ansprache, in der er alle Kulturvölker, ins-
besondere die Angehörigen der deutsch-böhmischen
Völkervereinigung einlud. Bürgermeister Gregor brachte
ein mit Begeisterung aufgenommenes „Slava“
auf den Kaiser aus, worauf ein Huldigungstele-
gramm an denselben abgefaßt wurde.

Wien, 15. Mai. „Post. Ztg.“ Heute
Abend begibt sich Baron Banffy wieder nach
Prag, von wo er diesmal nur mit einer befristeten
Festung in der Tasche oder als Zurück-
gekehrter wiederkommen kann. In Regierungs-
kreisen erhält sich die günstige Auffassung, obgleich
die Abberufung Aglards von mehreren Seiten
in Abrede gestellt wird. Erfolgt diese Abberufung
sofort, dann ist der Streit beigelegt und die De-
legationsverhandlung möglich; erfolgt eine andere
befriedigende Genugthuung, für die angeblich der
beste Wille vorhanden sein soll, dann wird Banffy
ebenfalls bleiben und über die heute abgelehnten
Vorlagen unverweilt wieder durch das Unterhaus
abstimmen lassen, um das Oberhaus zu zwingen,
über diese im Mai noch einmal zu verhandeln.
Die Lage ist demnach gespannt, daß sie unmöglich
länger anhalten kann. Der Hof wird gezwungen
sein, mit Banffy entweder offen zu brechen oder
ihn offen zu unterstützen. Ein ferneres Hin-
schieben der Krise ist unmöglich.

Niederlande.

Haag, 15. Mai. Die Regierung bringt bei
den Generalstaaten einen Kredit ein behufs der
Einführung des direkten niederländischen Regierungs-
systems auf Kombo.

Belgien.

Brüssel, 15. Mai. Die belgischen Handels-
kammern ersuchen eine Abordnung zum König,
die um Zurückziehung der Schutzzölle bitten
soll. Der König empfängt die Abordnung am
Sonntag.

Antwerpen, 15. Mai. Eine von der Liga
für Handelsfreiheit hierher eintreffende, von zahl-
reichen Vertretern verschiedener Parteien besetzte
Versammlung beschloß eine große Massenun-
terzeichnung gegen die Zollhöhen, die zu veranlassen
und beim Ministerium durch eine Abordnung vor-
stellen zu werden.

Frankreich.

Paris, 15. Mai. Eine neue Staatsanleihe
von 1200 Millionen Franken wurde grundsätzlich
beschlossen.

Den „Debats“ zufolge forderte der Gerichts-
hof von Toulouse die Auslieferung des Senators
und Ministers Constant wegen der Wahl-
fälschungen.

Der Ministerpräsident Ribot wird die Inter-
pellation, betreffend den asiatischen Dreieck,
am Montag beantworten.

Paris, 15. Mai. Die Budgetkommission
nahm heute nach einer Rede des Ministerpräsi-
dent Ribot die Regierungsvorlage über die Reform
der Einkommensteuer an.

Nach einer Meldung aus Majunga ist Ge-
neral Duguesne von dort abgereist, um die Bri-
gade Weigand zu inspizieren, die ihren Vortrass
fortsetzt. Zwischen Majunga und Marowah be-
finden sich 8000 Mann in Staffelhierung. Der
Gesundheitszustand ist nach wie vor ein be-
friedigender.

Italien.

Rom, 15. Mai. Ein päpstliches Schreiben
vom gestrigen Tage an den Kardinalbischof
Paracchi bestätigt und erneuert in alter Form
das Verbot der Wahlbetheiligung an die Katholiken.
Der Papst nennt die Betheiligung an den Ge-
meindekapiteln lobenswerth und durchaus zu be-
zweifeln, die an Parlamenten wählen aber aus
Gründen bedeutender Natur unzulässig.
Die heutige Ankunft der früheren Abgeordneten
Engel und Caballotti in Palermo veranlaßte eine
lärmende Kundgebung am Hafen. Der Sozialist
Engel, der einen „Hoch der Sozialisten“, nieder
mit „Crispi!“ rufen den Studenten gegen die
Polizei in Schutz nahm, wurde verhaftet und
geleitet nach dem Polizeiamt geführt, aber auf
Anordnung des Prokurators bald wieder freigelassen.
Auch die Unterblätter begrüßten die zu re-
gierungsförmlichen Wahlpropaganda erschienenen
radikalen Abgeordneten, deren Mundrede leicht eine
bedenkliche Färbung und Ausschreitungen hervor-
rufen kann.

Spanien und Portugal.

Madrid, 12. Mai. Der Wahlapparat für
die Gemeinderatswahlen ist in der letzten Zeit
mit fieberhafter Thätigkeit in Bewegung gesetzt
worden, und die Nachrichten aus den hiesigen
Wahllokalen wie aus den Provinzen bestätigen
die Voraussetzung, daß die Regierung einen glän-
genden Sieg davontragen wird. Das ist ja hier
immer so, und die Konservativen und Liberalen
haben ja auch nie vor der Anwendung der be-
denklichen Zwangsmittel gescheut, um nur ihre
Zwecke zu erreichen. Immerhin bleibt der Wahl-
kampf dieses Mal verschiedene Eigentümlichkeiten,
die ihn selbst und seinen Ausgang um so inter-
essanter machen. Die neue Partei der konservativen
Disidenten, der Anhänger Silveiras, trat selbst-
ständig in den Kampf ein und zwar im vollen
Gegensatz zu der Regierung, die bei allen übrigen
Parteien Unterstützung gegen die bisherigen
Parteiengegner gesucht hat. Wenn es sich nun
bestätigt, daß hier in Madrid nicht nur alle
ministeriellen Kandidaten feige haben, alle libe-
ralistischen Gegenkandidaten unterlegen sind, so weiß
man allerdings nicht, was man zu der, gelinde
gesagt, sehr großen Selbstverleugung der Libe-
ralen sagen soll, die in diesem Falle unter
Wahlenthaltung geläutet oder aber ihre furcht-
barsten Gegner, die orthodoxen Konservativen,
gegen die gemäßigten und zum Liberalis-
mus neigenden konservativen Gefolgshäupter Sil-

velas unterstützt haben. Da nach den in
den letzten Tagen eingelaufenen und bis jetzt
bräutlich bestätigten Nachrichten die Ansichten der
Stellisten sehr schlecht stehen und stehen, so ist
ihre Niederlage in diesem ersten, gewissermaßen
als Probe für die späteren Wahlen dienenden
Kampf ein sehr bedenkliches Zeichen. Die Wahl-
enthaltung großer Gruppen von Republikanern
war vorausgesetzt, und diese werden nur in sehr
beschränkter Zahl in die Rathkörper einziehen,
welche die Geschäfte der Gemeinden während des
nächsten Jahres zu besorgen haben. Die Liberalen
haben nur eine äußerst geringe Thätigkeit ent-
wickelt, sich überhaupt kaum die Mühe gegeben,
den Ministerien den Sieg freitig zu machen.
Geschieht dies auch bei den Wahlen, so wird
diese Gleichgültigkeit sich bitter rächen, und die
Herrschaft der liberal-konservativen Reaktion wird
für Jahre gesichert sein.

Großbritannien und Irland.

London, 15. Mai. Das Unterhaus nahm
mit 218 gegen 189 Stimmen die von Lambert
beantragte und von der Regierung unterstützte
Rumpstahl an. Der Zweck der Vorlage ist die
Feststellung der Entschädigungsansprüche der
Krieger für bleibende Amputationen, für Re-
paraturen, ferner für die Umwandlung von Acker-
land zu ewiger Weide und zu Gartenland, für
Beschäftigung und für beständige gute Bewirth-
schaftung; auf der anderen Seite wird dem Ver-
pflichteten ein Entschädigungsanspruch für schlechte
Bewirthschaftung zugesprochen.

London, 15. Mai. Wie den „Times“ aus
Rairo gemeldet wird, übernahm an Stelle Mar-
Bajbas, der sich nach Europa begeben hat, Fery
Bajba interimistisch den Vorsitz im Ministerrath.

Griechenland.

Athen, 15. Mai. Als Theodor Delhann
sich heute in das Palais begab, um dem Abjuran-
ten des Großfürsten-Tronfolger einen Besuch ab-
zustatten, begegnete er in dem Korridor dem
König, welcher ihn in sein Zimmer führte und
dort längere Zeit mit ihm sprach. Dieses Zu-
sammentreffen des Königs und Delhann's ist das
erste seit der Krise von 1892.

Älien.

Neapel, 14. Mai. Der General-Gouverneur
hat sich von hier mit Truppen nach Sur (Syrus)
begeben, wo es zwischen Christen und Moha-
medanern zu Thätlichkeiten gekommen war; nähere
Angaben über den Umfang der Unruhen fehlen noch.

Äfrika.

Aus Togo kamen vor einiger Zeit Nachrichten
über Unruhen in der Umgegend der Station
Misaböhe; wie bereits mitgeteilt, sind sie schnell
unterdrückt worden. Der stellvertretende Kom-
mandant berichtet darüber aus Sebba unter dem
29. März:

„Die als raufkühn und gewaltthätig berück-
tigten Bewohner des etwa 13 Kilometer südlich
von Misaböhe gelegenen Dorfes Towe oder Towi,
welchen sich noch einige Nachbardörfer anschließen,
hatten sich Mitte März gegen die Station aufge-
lehnt. Sie begannen mit der Befestigung des
auf einem wissenschaftlichen Streich nach Towe
gekommenen Stationsleiters Baumann, den sie
heulend umringten, um ihn wegen der Gefangen-
nahme zweier Toweleute durch den Wegebauer
Wödel, gelegentlich der Rückreise von der Expe-
dition von Kraft, zur Rede zu stellen. Nach der
Station zurückgekehrt, erließ Herr Baumann eine
Aufforderung an den Häuptling, sich auf Mis-
aböhe zur Verhandlung des Vorfalls einzufinden.
Der Häuptling erklärte indessen, daß er keine Lust
habe, zu kommen, so daß nunmehr eine stärkere
Patrouille nach Towe geschickt wurde. Raum
hätte jedoch diese mit einigen mitgenommenen
Gefangen Towe im Rücken, als sie von allen
Seiten aus dem Busch lebhaftes Feuer erhielt,
durch welches der Führer und zwei Leute ver-
wundet wurden. Trotz tapferer Gegenwehr mußten
die Leute schließlich der Uebermacht weichen
und den Rückzug nach Misaböhe antreten. Auf
Grund dieser Nachrichten wurde angeordnet, daß
sofort 90 Mann der Schutztruppe nebst 49 be-
waffneten Wehrgenossen und der gleichen An-
zahl der bei dem Wegebauer Towe—Kette beschäf-
tigten Arbeiter, unter der Führung des Polizei-
meisters Gerlach, sich nach Misaböhe zur Unter-
stützung des dortigen Stationsleiters begeben sollten.
Der Expedition wurde ferner zugewiesen der Lech-
nitzer Söldner als Führer der Truppschwadron und
der Wegebauer Jörn als Expeditionsmesser.
Nachdem sodann die „Höhne“ am 20. d. M. aus
der Rhede von Klein-Popo eingetroffen war,
dampfte das Kriegsschiff am Nachmittage des 22.
nach Towe, um durch sein Erscheinen einerseits
auf die dortige Küstenbevölkerung beruhigend zu
wirken, andererseits den bald von seiner Anwesen-
heit Kenntnis erlangenden aufständischen Elementen
des Landes als Warnung zu dienen. In-
zwischen war die Nachricht hier eingetroffen, daß
zwei Toweleute auf dem Wege nach Misaböhe von
den Toweleuten gefangen und ermordet worden
seien. Am 28. Februar d. J. waren nämlich von
dem Amtsvorsteher Groppe zu Towe zwei Träger
unter der Begleitung eines schwarzen Polizisten
mit für die Station Misaböhe bestimmten Ge-
lde und der Bripost dorthin abgefaßt worden,
denen sich ein von Misaböhe aus entgegengekaufter
Arbeiter unterwegs anschloß. Drei von diesen
Leuten fielen den Toweleuten in die Hände und
wurden gefesselt und eingesperrt, während der
vierte mit dem Hauptgelehrten und der Bripost
unter dem Schutze einer gerade durchziehenden
Haustruppe glücklich dem Schicksale seiner
Begleiter entging. Einem der Eingesperrten ge-
lang es, mit Hilfe eines zufällig in Towe an-
wesenden Freundes, zu entkommen und die Station
zu erreichen. Die von ihm getragene und auf
der Flucht zurückgelassene Selbstkiste wurde auf
Grund von Angaben eines deutschfreundlichen
Häuptlings einige Tage später vom Stations-
leiter Baumann ebenfalls mit Unversehrtem In-
halte aufgefunden und nach Misaböhe geschickt.
Die beiden übrigen in den Händen der Toweleute
gebliebenen Opfer wurden, wie im Augenblicke an-
gibt, getödtet. Mittlerweile fand auf Misaböhe
ein unaufhörlicher Zufluß von zahlreichen freund-
lich gesinnten Häuptlingen der Nachbargebiete mit
ihren Kriegern statt, welche gegen die Toweleute
ihre Unterstützung anboten. Die Toweleute
sahen nun, da sich auch bereits die Nachricht
von dem Anrücken der Truppe verbreitet hatte,
eine Abordnung nach Misaböhe mit den Gewehren
der beiden Ermordeten nebst einigen Schafen als
Geiseln und mit der demüthigsten Bitte, ihre
Unterwerfung annehmen zu wollen. Herr Bau-

mann ließ ihnen aber sagen, daß nach dem Ge-
schehen von einer friedlichen Beilegung nicht
mehr die Rede sein könne. Am 17. dieses Mo-
nats traf die Truppe in Misaböhe ein und be-
gann zwei Tage später ihre Operationen unter
Leitung des Expeditionsführers Gerlach, welcher
ohne besondere Schwierigkeiten die Aufständischen
zur Ordnung brachte.“

Amerika.

Die letzten Staatswahlen in den Vereinigten
Staaten von Nordamerika haben den Schleier
von einer politischen Korruption fortgeworfen,
das alles weit überbietet, was Europa in dieser Be-
ziehung je geleistet hat. Die Regierungen in
Stadt und Land, sowie die Volksvertretungen in
den einzelnen Bundesstaaten waren darnach
größtentheils nicht weiter als rechtlich organisierte
Erpresserbanden. Die Zeitschrift „Century“ ver-
öffentlicht nunmehr sehr prägnante Details
über die Art und Weise, wie man jenseits des
Ozeans namentlich große Alltagsgesellschaften
u. s. w. zur Überläßt. Man erhebt von den-
selben ein Friedensgebot. Das Friedensgebot ist die
Abgabe, welche die Politiker, die in den ge-
gebenden Versammlungen der Vereinigten Staaten
über die Mehrheit verfügen, den Alltagsgesellschaften
und anderen Korporationen auferlegen, gegen die
Zusticherung, daß kein Gesetz oder Antrag vor-
gelegt oder angenommen werde, wodurch die
finanziellen oder sonstigen Interessen solcher Ge-
meinschaften geschädigt werden können. Diese
neue Versicherung gegen Parlamentarische ist
in Folge eines im Jahre 1891 von der Legislatu-
r des Staates Massachusetts erlassenen Gesetzes auf-
gekommen. Bis dahin erpreßte jeder Abgeordnete
auf eigene Gefahr und Rechnung. Die neue
Gesetze suchte das Gesetz von 1891 zu neuern.
Daraufhin haben die berufsmäßigen Politiker sich
in anderen Staaten, insbesondere dem Staate
New York, veranlaßt gesehen, ihre bisherige Ge-
schäftsregel aufzugeben und nicht mehr einzeln,
sondern gemeinschaftlich vorzugehen. Also sind ge-
neue parlamentarische Geschäftsverbindungen ent-
standen, die sich den Bezug von Friedensgeld zur
Aufgabe gestellt haben. Sie gehen äußerst
einfach vor. Kurze Zeit vor den gesetzgebenden
Wahlen im Jahre 1894, als die Demo-
kraten auf einen sicheren Erfolg rechneten, be-
trugen sie in den Parlamenten der Einzelstaaten
die Mehrheit verschaffen oder erhalten sollte,
lieferten ihre Wahlgeschäfte auf den Ge-
danken, alle Personen oder Gesellschaften, denen
die Einbringung neuer Gesetzesvorlagen unan-
genehm sein konnte, zu veranlassen, einen bestimm-
ten Betrag in die Parteikasse abzuführen, wogegen
sich die Demokraten verpflichteten, die gültigen
Gesetze zu verschonen. Nur wenige Alltags-
unternehmen vermochten es, sich an diesem
landstänischen Jagd vorbeizubringen. Da geschah es
aber, daß die Wahlen nicht zu Gunsten der De-
mokraten, sondern der Republikaner ausfielen,
was allerlei sonderbare Zwischenfälle zur Folge
hatten. So verweigerte der Vorsitzende einer Ge-
sellschaft die weitere Zahlung eines Jahresbe-
trages von 15000 Dollar mit der Begründung,
da die Mehrheit den Republikanern zugefallen sei,
seien die Demokraten nicht mehr im Stande, die
von ihnen versprochenen Dienste zu leisten, die
Zahlung sei daher nicht mehr gerechtfertigt.

Nun hätte man annehmen müssen, daß die
unter lauter Rufe nach Ehrlichkeit gewählten
Republikaner es als eine heilige Pflicht betrachten
würden, einen von einer Gruppe unabhängiger
Abgeordneter eingebrachten Gesetzentwurf anzu-
nehmen, wodurch der politischen Befriedigung ein
Ende gemacht werden sollte. Sie hielten sich
indessen, ein solches Gesetz zu erlassen. Inzwischen
aber hat sich die schöne Gephlogenheit des Fried-
ensgeldes dahin ausgebildet, daß der Betrag im
Verhältnis zu den mehr oder weniger günstigen
Ansichten der einzelnen Parteien festgesetzt wird.
Ueber Abmachungen dieser Art wird nun unge-
achtet öffentlich geredet, so zwar, daß Herr Wheeler
Bedham, Mitglied des obersten Gerichtshofes der
Vereinigten Staaten, eine Reihe von Gesellschaften
aufzählen konnte, deren jede 50000 Dollar
jährlich an Friedensgeld zahlt. Die eingangs er-
wähnte Zeitschrift hat ebenfalls Nachforschungen
angestellt, wonach 170 Versicherungsgesellschaften,
32 Staatsbanken, 25 Sparkassen, 26 Eisenbahn-
gesellschaften, 21 Zährboot-Unternehmungen, 37
ausländische und 24 amerikanische Dampf-
schiffgesellschaften das Friedensgeld entrichteten.
Am meisten ist das Uebel in den Staaten
New York, Maryland und Pennsylvania verbreitet,
und anderwärts werden Bestrebungen kund, den
Brauch zu verbreiten.

Neufundland. Die Hoffnung auf den
Eintritt Neufundlands in den kanadischen Bund
ist fast verschwunden. Die englische Regierung
wehrt sich, ein Drittel der Schuld von Neu-
fundland zu übernehmen, und Kanada will wieder
nicht die ganze Schuld übernehmen. Ein Mit-
glied der Regierung, der Kolonialsekretär Bond,
macht in Ottawa neue Versuche, eine Lösung
vorzubereiten. Er beschließt, eine Anleihe auf-
zunehmen. Die Regierung von Kanada hat nach
den „Times“ die Bedingung für die Vereinigung
gestellt, daß die britische Regierung 1 Million
Pfund der Schuld von Neufundland übernehme.
Es ist ganz unwahrscheinlich, daß die englische
Regierung sich hierzu bereit erklärt, und so bleibt
noch nur mehr die Aussicht, Neufundland zur
Kontinente zu erklären.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. Mai. Heute Morgen 7 Uhr
rückte das 1. pom. Feld-Artillerie-Regim. Nr. 2
zu einer 18tägigen Schießübung nach Ham-
merstein aus.

Der Gemeinderath und die Gemein-
vertretung von St. Jakob haben eine
Sitzung ab, in welcher beschlossen wurde, die
Remuneration für den Männerchor um jährlich
180 Mark zu erhöhen und 1000 Mark für den
Neuguss einer gerippten Kirchenglocke zu be-
willigen. Für die Wiederherstellung der durch
den Sturmwind zerstörten Kirchenfenster
wurden 1437,10 Mark nachbezahlt. Weiter
wurden zum Kirchenfesten Herr Konrad Richard
Röder und zu Gemeindevorstern die Herren
Abthaler Dr. Meyer und Gymnasialdirektor
a. D. Dr. Sievert gewählt. Zu Abgeordneten für die
Kreissynode wurden die bisherigen Abgeordneten,
die Herren Carl Gerber, Direktor Professor Haupt,
Gymnasial-Direktor Professor Remde, Chefredak-
teur Wiemann, Ernst Rabbon, Gymnasialdirektor
a. D. Dr. Sievert und Amtsgerichtsrath Koch

